

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 81. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 16. Mai 2019

1. Abgeordnete

**Bettina Brück,
Johannes Klomann und
Alexander Fuhr (SPD)**

Förderinstrument Berufseinstiegsbegleitung

Die Berufseinstiegsbegleitung unterstützt Schülerinnen und Schüler, die besondere Unterstützung zum Schulabschluss und zum Übergang in Ausbildung benötigen. Das Förderinstrument wird durch die Bundesagentur für Arbeit gefördert und erfordert eine hälftige Kofinanzierung durch Dritte. Bislang wurde die Kofinanzierung vom Bund übernommen, diese wird jedoch ab September 2019 eingestellt. Die meisten Bundesländer werden die Berufseinstiegsbegleitung aus diesem Grund nicht weiterführen. Das rheinland-pfälzische Bildungsministerium informierte die teilnehmenden Schulen hierüber in einem Schreiben vom 12. April 2019.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus dem Auslaufen der Bundeskofinanzierung?
2. Wie gedenkt die Landesregierung, Schülerinnen und Schüler in Zukunft beim Übergang in die Ausbildung zu unterstützen?
3. Werden dafür landeseigene Mittel bereitgestellt?

2. Abgeordnete

**Marion Schneid und
Christof Reichert (CDU)**

Unterfinanzierung der rheinland-pfälzischen Hochschulen

Der Präsident der Johannes Gutenberg-Universität Prof. Georg Krausch hat jüngst die Hochschulfinanzierung der rheinland-pfälzischen Hochschulen scharf kritisiert. Sowohl bei den Personal- als auch bei den Sachkosten seien die Preissteigerungen über Jahre ignoriert worden. Die Folge seien seit Jahren vakante Stellen und ein reales Absinken der Sachkosten.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Wettbewerbsfähigkeit der rheinland-pfälzischen Universitäten, wenn zwischen dem finanzstärksten und dem finanzschwächsten Mitglied – die Universität Mainz – ein Finanzierungsunterschied von 40 Prozent besteht?
2. Wie viele Stellen an den rheinland-pfälzischen Hochschulen sind bereits länger als zwölf Monate vakant?
3. Wie haben sich die Preissteigerungen bei Büchern, Zeitschriften, Forschungsgeräten, im Energiebereich und der Digitalisierung im Vergleich zum Aufwuchs der Sachkostenansätze im Haushalt der Hochschulen in den vergangenen 15 Jahren entwickelt?
4. Aus welchen Gründen trifft die Landesregierung bislang keine Festlegung zum künftigen Landesanteil am Hochschulpakt?

**3. Abgeordneter
Joachim Paul (AfD)**

„Newsroom“ bzw. Mediendienst der Landesregierung

Ich frage die Landesregierung:

1. Welchen Zweck soll der „Newsroom“ bzw. Mediendienst der Landesregierung erfüllen?
2. Ist die Landesregierung der Meinung, dass die Einrichtung eines solchen „Newsrooms“ bzw. Mediendienstes aufgrund der unzureichenden Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen und privaten Medienunternehmen notwendig ist?
3. Welche Überlegungen gibt es, Beiträge aus dem „Newsroom“ bzw. Mediendienst als Veröffentlichung des Staates kenntlich zu machen?
4. Welches Budget ist für die Einrichtung des „Newsrooms“ bzw. Mediendienstes vorgesehen?

**4. Abgeordnete
Marco Weber und
Cornelia Willius-Senzer
(FDP)**

Ausgestaltung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK)

Die GAK-Förderprogramme sind ein wichtiges Instrument für die ländliche Entwicklung. Laut aktueller Presseberichterstattung werden die Mittel von den rheinland-pfälzischen Landwirten und Landwirtinnen aufgrund der Ausgestaltung der Förderprogramme nicht abgerufen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wer ist für die Ausgestaltung des GAK-Programms verantwortlich?
2. Wie hat sich der Mittelabfluss im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe der letzten Jahre entwickelt, auch im Vergleich zu anderen Bundesländern?
3. Hat das Land eigenen Einfluss auf die Summe der ausgezahlten Mittel im Rahmen der GAK?
4. Hat die rheinland-pfälzische Landesregierung Initiativen zur Verbesserung der Programmausgestaltung eingebracht?

**5. Abgeordnete
Andreas Hartenfels und
Pia Schellhammer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Einwegflut stoppen: Einführung des „BecherBonus“

Gemeinsam mit verschiedenen Kaffeevertreiberinnen und -verteibern wie z. B. Bäckereien hat Hessen die Initiative „BecherBonus“ zur Reduzierung der Vermüllung durch Einwegbecher (Coffee-to-go) initiiert. Das Land Rheinland-Pfalz schließt sich dieser Initiative an und möchte zukünftig ein flächendeckendes Mehrweg-Angebot für Kundinnen und Kunden etablieren.

Das Konzept ist dabei einfach: Der Kunde erhält einen Mehrwegbecher und bekommt von den teilnehmenden Betrieben einen Rabatt von mindestens 10 Cent gewährt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Abfallmengen an Einwegbechern fallen in Rheinland-Pfalz und wenn bekannt in Deutschland jährlich an?
2. Welche Mehrweg-Konzepte existieren bereits in Rheinland-Pfalz?
3. Wie wurden die Mehrweg-Systeme wie der „Becher-Bonus“ nach Kenntnisstand der Landesregierung und bisherigen bundesweiten Erfahrungen angenommen?
4. Wie bewertet die Landesregierung die Initiative „BecherBonus“ hinsichtlich der potenziellen Einsparungen von wertvollen Ressourcen?

6. Abgeordnete**Matthias Lammert und
Dirk Herber (CDU)****Verbot von Messern an stark frequentierten Orten**

Am kommenden Freitag befasst sich der Bundesrat mit einer Gesetzesinitiative der Länder Niedersachsen und Bremen zur Änderung des Waffengesetzes. Damit soll das Mitführen von Waffen und Messern in der Öffentlichkeit insbesondere an stark frequentierten Orten weiter eingedämmt werden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Über welche Erkenntnisse verfügt die Landesregierung mittlerweile zur Häufigkeit von Straftaten mit Messern in Rheinland-Pfalz?
2. Befürwortet die Landesregierung die Bundesratsinitiative der Länder Niedersachsen und Bremen?
3. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um die Zahl der Straftaten mit Messern einzudämmen?

7. Abgeordnete**Johannes Klomann und
Giorgina Kazungu-Haß
(SPD)****Regionalisierung der Mediziner Ausbildung – Medizincampus Trier**

Am 29. März 2019 fand ein Gespräch in Trier zur Konzeptentwicklung für den „Medizincampus Trier“ statt. Ministerpräsidentin Malu Dreyer hatte Vertreterinnen und Vertreter der Universitätsmedizin Mainz sowie der beteiligten Trierer Kliniken, die Landesärztekammer und den Trierer Oberbürgermeister Wolfram Leibe zu dem Gespräch eingeladen, um sich über die Konzeptentwicklung auf dem Weg zu einem „Medizincampus Trier“ auszutauschen und gemeinsame Perspektiven zu entwickeln. In einem Memorandum erklärten die Kooperationspartner ihre Absicht, dass zum Wintersemester 2020/2021 zunächst 30 Medizinstudierende für das zehnte Semester nach Trier wechseln und das Praktische Jahr in einem der kooperierenden Krankenhäuser absolvieren.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wann ist mit der Vorlage des gemeinsamen Konzepts zu rechnen?
2. Welche Effekte sollen für die Region entstehen?

8. Abgeordnete**Dr. Sylvia Groß (AfD)****Sicherstellung der Qualität medizinischer Kenntnisse von Ärzten aus Drittstaaten**

Der drohende und bereits wirksam gewordene Ärztemangel in Rheinland-Pfalz kann auch durch gut ausgebildete, aus Drittstaaten kommende Ärzte zum Teil abgemildert werden. Dazu jedoch müssen die medizinischen Kenntnisse dieser Ärzte zwingend dem deutschen Ausbildungsstand (drittes Staatsexamen) entsprechen.

In ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Dr. Peter Enders (CDU), Drucksache 17/6993 vom 13. August 2018, gibt die Landesregierung an, die auf die Kenntnisprüfung vorbereitenden Kurse würden auf dem freien Markt angeboten.

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist der fachliche Stoff, der von den Anbietern vermittelt wird, dem zweiten bzw. dritten Staatsexamen entnommen, damit die Gleichheit der Ausbildung zwischen deutschen und ausländischen Ärzten gewährleistet ist?
2. Liegt ein Zertifikat dieser Anbieter vor?
3. Welche Maßstäbe gelten zum Bestehen bei der Kenntnisprüfung der ausländischen Ärzte?
4. Was ist Stand des Konzepts, an dem die Landesregierung derzeit gemeinsam mit anderen Partnern arbeitet, um bundesweit einheitliche Maßstäbe für die Kenntnisprüfung für Ärzte aus Drittstaaten festzulegen?

9. Abgeordnete
Steven Wink und
Marco Weber (FDP)

Bilanz des Sofortprogramms „Saubere Mobilität“

Mit dem Sofortprogramm Saubere Mobilität unterstützt das Land Rheinland-Pfalz Städte und Kommunen bei den Anstrengungen zur Verbesserung der innerstädtischen Luftqualität.

Vor dem Hintergrund des jüngsten DUH-Verfahrens in Mainz und den Medienberichten zur Umsetzung verschiedener Projekte in den Städten fragen wir die Landesregierung:

1. Wie ist der momentane Stand des Mittelabrufs der Städte Mainz, Ludwigshafen und Koblenz?
2. Für welche Projekte und Maßnahmen wurden die Gelder bisher in den Städten verwendet?
3. Welche Auswirkungen sind bisher in den genannten Städten zu erkennen?
4. Wie sieht die Landesregierung die allgemeine Bilanz des Sofortprogramms, auch vor dem Hintergrund des Ausgangs des jüngsten DUH-Verfahrens in Mainz?

10. Abgeordneter
Andreas Hartenfels
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dem Artensterben entschlossen entgegenzutreten

Die erschreckenden Zahlen aus dem am 6. Mai 2019 veröffentlichten Bericht des Weltbiodiversitätsrats IPBES zeigen den weltweiten Handlungsbedarf beim Schutz und Erhalt unserer Artenvielfalt. Bis zu einer Million Tiere, wie z. B. unser heimischer Kiebitz, sind akut vom Aussterben bedroht. Hinzu kommen enorme Bestandsrückgänge von ehemals weit verbreiteten Arten, wie z. B. Feldhamster. Auch in Rheinland-Pfalz sind zahlreiche Arten bedroht, wie die Roten Listen für Brutvögel oder Schmetterlinge zeigt. Dank der im Jahr 2015 vom Landtag gemeinsam verabschiedeten und der im Jahr 2017 eingeführten Aktion Grün werden Lösungsmöglichkeiten für den Schutz und Erhalt aufgezeigt.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viel Prozent der in Rheinland-Pfalz heimischen Tierarten sind nach Kenntnisstand der Landesregierung vom Aussterben bedroht (bitte nach Artengruppen aufteilen)?
2. Welche Ziele und Maßnahmen wurden in der Biodiversitätsstrategie von Rheinland-Pfalz hinsichtlich der Anzahl bzw. Stabilisierung der vom Aussterben bedrohten Arten beschlossen?
3. Welche Artenhilfs- und Artenschutzprogramme wurden bereits umgesetzt bzw. befinden sich z. B. im Rahmen der Aktion Grün in der Planung?
4. Welche weiteren Anstrengungen sind aus Sicht der Landesregierung nötig, um gemeinsam mit der Zivilgesellschaft und Wirtschaft das Artensterben in Rheinland-Pfalz aufzuhalten?

11. Abgeordnete
Simone Huth-Haage und
Bernhard Henter (CDU)

Diskussion zur Strafbarkeit von Fasten von Kindern

Die hessische Justizministerin hat eine Diskussion begonnen, die das Fasten von Kindern verhindern soll. Insbesondere in den Monaten, in denen Muslime den Ramadan begehen, kommt es immer wieder vor, dass Kinder entgegen der religiösen Vorschriften bereits auf Nahrungsaufnahme verzichten. Ein solches Verhalten ist äußerst schädlich und gesundheitsgefährdend.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Sieht die Landesregierung die Notwendigkeit, ihre Handreichung „Muslimische Kinder und Jugendliche in der Schule“ hinsichtlich des Ramadan zu überarbeiten und die Schulen nachdrücklicher auf das Fastenverbot von Kindern und die Gefahren des zu frühen Fastens hinzuweisen?
2. Aus welchen Gründen hält die Landesregierung einen eigenen Straftatbestand hinsichtlich des Fastens von Kindern für nicht angezeigt?
3. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um das Fasten von Kindern im Ramadan präventiv zu vermeiden?

12. Abgeordnete
Sven Teuber und
Lothar Rommelfanger
(SPD)

Gemeinsame Erklärung zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen

Vor über zehn Jahren haben sich große diakonische Träger gemeinsam mit dem Land Rheinland-Pfalz und den Kommunen auf den Weg gemacht, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben von Menschen mit Behinderungen weiter zu verbessern. In einer aktuellen gemeinsamen Erklärung vom 8. Mai 2019 haben die Beteiligten die vergangenen Jahre resümiert und Perspektiven gezogen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welches sind die übergeordneten Ziele und Inhalte der gemeinsamen Erklärung?
2. Welche Maßnahmen beinhaltet die gemeinsame Erklärung im Einzelnen?
3. Wie bewertet die Landesregierung die gemeinsame Erklärung?

13. Abgeordnete
Iris Nieland (AfD)

Steuermindereinnahmen in Rheinland-Pfalz

Gemäß der aktuellen Steuerschätzung wird mit Steuermindereinnahmen in Rheinland-Pfalz in Höhe von 24 Mio. Euro im Jahr 2019 und 164 Mio. Euro im Jahr 2020 gerechnet.

Ich frage die Landesregierung:

1. Aus welchen Gründen wird bei den betreffenden Steuerarten mit Minderausgaben gerechnet?
2. Durch welche entsprechenden Kürzungen sollen die Steuermindereinnahmen ausgeglichen werden?
3. Welche Konsequenzen haben die Steuermindereinnahmen für die Kommunen?
4. Von welchen Auswirkungen über das Haushaltsjahr 2020 hinaus wird momentan ausgegangen?

14. Abgeordnete
Marion Schneid und
Christof Reichert (CDU)

Neue Bundesmittel für Forschung und Lehre

Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern hat jüngst drei Wissenschaftspakte beschlossen. Insbesondere das CDU-geführte Bundesbildungsministerium engagierte sich auf diesem Wege nachdrücklich für die Wissenschaftslandschaft in Rheinland-Pfalz.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie werden die drei Bund-Länder Pakete ausgestaltet sein?
2. In welcher Höhe engagiert sich der Bund an den drei Paketen?
3. Mit wie vielen Mitteln aus den drei Wissenschaftspaketen rechnet die Landesregierung für Rheinland-Pfalz?
4. In welchem Umfang wird die Landesregierung die Bundesmittel kofinanzieren?

15. Abgeordnete
Sven Teuber und
Dr. Tanja Machalet (SPD)

Projekt „Seniorenbeiräte stärken“

Im Rahmen des Projekts „Seniorenbeiräte stärken“ wurden aktuell Leitlinien für die gute Arbeit zur Stärkung der Teilhabe älterer Menschen in Form eines Handbuchs für interessierte Kommunen und Seniorenvertretungen veröffentlicht. Das Handbuch beschreibt die Leitlinien, die Ideen und Forderungen, die die Landesseniorenvertretung Rheinland-Pfalz gemeinsam mit den kommunalen Seniorenbeiräten für die zukünftige Arbeit vor Ort entwickelt hat.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Was sind die Leitlinien des Projekts „Seniorenbeiräte stärken“?
2. Welches Ziel verfolgt das Projekt „Seniorenbeiräte stärken“?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Bedeutung von Seniorenvertretungen?

16. Abgeordnete
Dr. Peter Enders und
Dr. Christoph Gensch
(CDU)

Aktuelle Diskussion über eine Impfpflicht gegen Masern

Aktuell wird über einen besseren Schutz vor Masern und in diesem Zusammenhang über eine Impfpflicht gegen Masern diskutiert. Nach Presseberichten vom 10. Mai 2019 hält Gesundheitsministerin Bätzing-Lichtenthäler eine allgemeine Impfpflicht für nicht machbar bzw. nicht zu überwachen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung den derzeitigen Impfstatus der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz gegenüber den Erfordernissen, um eine Ausbreitung von Masern in der Bevölkerung zu verhindern?
2. Für welche Bevölkerungsgruppen befürwortet die Landesregierung die Einführung einer Impfpflicht gegen Masern?
3. Inwieweit unterstützt sie die Maßnahmen der Bundesregierung hierzu?
4. Will sich die Landesregierung mit den gleichen Argumenten, mit denen sie wegen Überwachungs- und Durchsetzungsproblemen gegen eine allgemeine Impfpflicht gegen Masern ist, auch gegen die Führerscheinpflicht für Kraftfahrzeuge aussprechen?

17. Abgeordneter
Martin Louis Schmidt
(AfD)

Pfälzisch in Amerika

Im April 2019 erfolgte der offizielle Start des Films „Hiwwe wie Driwwe – Pfälzisch in Amerika“ in rheinland-pfälzischen Kinos, so am 13. April in Landau, am 14. April in Germersheim und Grünstadt, am 15. April in Pirmasens und am 17. April in Kaiserslautern. Diese von den pfälzischen Filmemachern Benjamin Wagener und Christian Schega unter der inhaltlichen Regie von Michael Werner (Deutsch-Pennsylvanischer Arbeitskreis e. V.) erstellte, vor allem gegenwartsbezogene Reportage über pfälzische Auswanderer in den USA und ihre Verbindungen in die alte Heimat erfreut(e) sich laut ersten Medienberichten eines hohen Besucherzuzpruchs.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche genaueren Erkenntnisse liegen der Landesregierung über die Besucherzahlen und das Medienecho des Kinofilms „Hiwwe wie Driwwe – Pfälzisch in Amerika“ in den letzten vier Wochen vor?
2. Gedenkt die Landesregierung, angesichts des breiten Interesses an dem Thema speziell in der Pfalz, die Verbindungen zwischen den rund 500 000 Deutschamerikanern, die noch heute ihre Varianten des pfälzischen Dialekts sprechen, und den Bewohnern der Herkunftsregionen ihrer Vorfahren auch in der Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung und in den Lehrplänen der Schulen mehr Platz einzuräumen?
3. Wie steht die Landesregierung zu den Überlegungen, das öffentliche Bewusstsein für das historische Erbe der deutschen Amerikaauswanderung beginnend ab dem 17. bis hinein ins 20. Jahrhundert durch eine Themenstraße auf den Spuren der rheinland-pfälzischen Amerikaauswanderung zu stärken und touristisch zu nutzen?
4. Welche Beziehungen bestehen heute in Rheinland-Pfalz auf Landesebene und wenn bekannt, auf kommunaler Ebene, zum US-Bundesstaat Pennsylvania und sollten diese im Hinblick auf die engen historischen Verbindungen aus Sicht der Landesregierung aktiv ausgebaut werden?